

Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

8
80

Union in Deutschland

Bonn, den 28. Februar 1980

Endlich Entscheidungen treffen

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, endlich ihre Politik des Wartens, Verzögerns und des Lavierens aufzugeben und sich unzweideutig für den von den USA geforderten Boykott der Olympischen Spiele in Moskau auszusprechen. Ein weiteres Verschleppen dieser Entscheidung muß die Bundesregierung in den Verdacht bringen, sie wolle es zulassen, daß unsere Sportler unter dem Symbol der Friedenstaube in das Moskauer Olympiastadion einmarschieren, während in Afghanistan Besetzung und Krieg andauern.

Dies stellte der Bundesvorstand der CDU nach seiner Sitzung am 25. Februar 1980 in Bonn unter Leitung von Helmut Kohl fest. Weiter heißt es: Die Ausflüchte der Bundesregierung beweisen, daß die Bundesrepublik Deutschland an einer schweren politischen Führungskrise leidet, für die Bundeskanzler Schmidt die Hauptverantwortung trägt. Durch seine vor der SPD-Bundestagsfraktion geäußerte unbesonnene Kritik am amerikanischen Präsidenten hat Schmidt die Gefahr einer tiefgreifenden Entfremdung zwischen uns und unserem wichtigsten Verbündeten verstärkt.

(Weiter auf Seite 2)

■ AUSSENPOLITIK

USA besorgt über unrealistische Entspannungsideologie Seite 5

■ SPD

Egon Bahr auf dem Marsch in den Neutralismus Seite 7

■ LAKE PLACID

Grundsätze der Sportförderung neu überdenken Seite 8

■ VERTRIEBENEN-KONGRESS

Deutschland wieder im Bewußtsein der Jugend verankern Seite 11

■ BAUERN-KONGRESS

Leistungsfähigkeit des ländlichen Raumes muß erhalten bleiben Seite 13

■ CDU HAMBURG

Jürgen Echternach im Amt bestätigt Seite 15

■ DOKUMENTATION

SPD und Einheitsrente (einschließlich Flugblatt zur Sache) grüner Teil

■ ÖFFENTLICH-KEITSARBEIT

Ideen, Taten, Aktionen — Schaukasten rosa Teil

Durch ihre Politik des hinhaltenden Widerstands gegenüber den von Präsident Carter vorgeschlagenen Maßnahmen verletzt die Bundesregierung ihre Verantwortung gegenüber der deutschen Bevölkerung und trägt Unsicherheit in das westliche Bündnis. Zwei Monate nach der Besetzung Afghanistans genügt es nicht mehr, über die Notwendigkeit des Gesamtkonzepts des Westens zu sprechen, dringend erforderlich ist jetzt vielmehr eine verbindliche Stellungnahme über einen angemessenen deutschen Beitrag zur Sicherheit in Europa, zur Stabilität des Mittleren und Nahen Ostens und zum Olympia-Boykott.

Rentenreform '84 – zentrales Wahlkampfthema

Der Bundesvorstand der CDU betonte seine Entschlossenheit, die Rentenpläne der SPD zur „Rentenreform 1984“ zu einem zentralen Thema der Wahlauseinander-
setzung zu machen. Nach dem Rentenbetrug der SPD von 1976 wird die CDU eine
erneute Täuschung der Beitragszahler und Rentner durch umfassende Informa-
tionen über die Absichten der SPD verhindern. Dies um so mehr, als die SPD mit
ihren Plänen nunmehr einen entscheidenden Schritt zur Aushöhlung des leistungs-
bezogenen Rentensystems in Richtung auf eine Einheitsrente vollzogen hat.

Vor allem Hausfrauen und Mütter werden von der SPD völlig im Stich gelassen. Die
Tatsache, daß die SPD vor der Kernaufgabe der Rentenreform 1984, die Gleich-
berechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht herbeizuführen, versagt, gibt
gleichermaßen Einblick in die Regierungsunfähigkeit der SPD und Anlaß zur Sorge
über die Zukunft des Rentensystems.

Die CDU steht zu den bewährten Prinzipien der Rentenreform von 1957. Sie will
die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen, dynamischen Rente; weil sie leistungs-
bezogen ist und vor staatlicher Willkür schützt.

Die CDU will Gleichberechtigung für Mann und Frau im Rentenrecht. Deshalb for-
dern wir, daß der in der Familie tätige Ehepartner durch die Anerkennung von
Familienleistungen im Rentenrecht einen eigenständigen Rentenanspruch erwerben
kann. Die Sorge für die Familie und die Kindererziehung darf nicht geringer einge-
schätzt werden als die Erwerbstätigkeit (vgl. auch Dokumentation in dieser Aus-
gabe: SPD und Einheitsrente).

Schwerpunkte des Wahlprogramms

Der Bundesvorstand der CDU beriet ausführlich den Entwurf eines Wahlprogramms
für die Bundestagswahl 1980. Er begrüßte einmütig den von den Generalsekretären
Geißler und Stoiber, Ministerpräsident Albrecht und Landesgruppenvorsitzenden
Zimmermann ausgearbeiteten Entwurf und empfahl seine Annahme durch die ge-
meinsame Wahlkampfkommission von CDU und CSU. Der Entwurf des Wahlpro-
gramms macht deutlich, welche politischen Prioritäten die Union setzt und wie sie
den Herausforderungen der 80er Jahre begegnen will.

Die vorrangigen Themen der Union in der Auseinandersetzung des Wahljahres 1980
sind: Die Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik, die Politik zur Bewältigung
der Zukunftsprobleme unter besonderer Berücksichtigung der Familienpolitik, der
Politik für eine größere Wahlfreiheit der Frauen, der Energiesicherung und der

■ INFORMATION

66 Prozent befürworten jetzt Olympiaboykott

Die Zahl der Befürworter des Boykotts in Moskau ist im Februar mit 66 Prozent gegenüber 57 Prozent im Januar um 9 Prozent gestiegen, wie aus einer Umfrage im Auftrag des ZDF (21. Februar 1980, heute-Journal) hervorgeht. Gegen die Teilnahme stimmten 73 % der CDU/CSU-Wähler, 61 % der SPD-Wähler und 61 % der FDP-Wähler.

Karlsruher Erklärung zur Rechtspolitik

Der Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen und der Arbeitskreis Juristen der CSU haben auf ihrer gemeinsamen Mitgliederversammlung am 21. Februar 1980 die „Karlsruher Erklärung zur Rechtspolitik“ verabschiedet, die 10 Schwerpunkte für die Rechtspolitik der Union in den kommenden Jahren festlegt. Die Erklärung knüpft an die Rechtspolitischen Kongresse an, die die Union in den Jahren 1975 und 1978 unter dem Leithema „Recht sichert die Freiheit“ durchgeführt hat.

Mit der „Karlsruher Erklärung zur Rechtspolitik“ setzt die Union ihre von Kontinuität und Maß bestimmte Rechtspolitik fort, stellten der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Friedrich Vogel, MdB, der Vorsitzende des Arbeitskreises Juristen der CSU, Alfred Seidl, MdL, und der Justizminister des Landes Baden-Württemberg, Heinz Eyrich, in einer gemeinsamen Erklärung fest. Die Beschränkung auf Schwerpunkte ist ein Signal: Die Normalisierung der Gesetzgebung ist die vordringliche Aufgabe der kommenden Jahre.

UiD wird den Wortlaut der „Karlsruher Erklärung“ als Dokumentation veröffentlichen.

Steuervorschläge der Union sind familienfreundlich

Zu den Steuerbeschlüssen der Bundesregierung erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Abgeordneter Hansjörg Häfele: Unter dem Druck des Rekordzuwachstums der heimlichen Steuererhöhungen mußte die Bundesregierung trotz ihrer abenteuerlichen Verschuldenspolitik im Wahljahr 1980 einen Teilabbau von heimlichen Steuererhöhungen für die Zukunft versprechen. Der Tarifvorschlag der Regierung geht den Hauptmangel unseres Steuerrechts, die zu

konsequenter Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft. Ein besonderes Augenmerk wird der Umweltproblematik gelten. Der Entwurf des Wahlprogramms verzichtet bewußt auf Wahlversprechen. Er enthält ausschließlich Zielsetzungen und Aufgaben, deren Finanzierung durch eine Bundesregierung der Union gesichert ist. Generalsekretär Geißler berichtete über den Stand der Vorbereitungen für die Bundestagswahl und insbesondere über die Bemühungen, ein Fairneß-Abkommen der im Bundestag vertretenen Parteien zu erreichen, die weit fortgeschritten sind. Der Bundesvorstand der CDU begrüßt und unterstützt ausdrücklich den Abschluß eines solchen Abkommens. Er verbindet damit seine Erwartung eines fairen Wahlkampfes der Sachargumente.

steile Progression, aber verkehrt an. Eine vorübergehende Lockerungsübung für einen kleinen Teil der Steuerzahler wird erkauft mit einer noch aufstiegsfeindlicheren Steilwand der Progression für die meisten Steuerzahler.

Der CDU/CSU-Entwurf bringt dagegen neben der Entlastung für die kleineren Einkommensbezieher eine dauerhafte Milderung der Progression für die aufstrebenden Mittelschichten ab 16 000/32 000 DM Jahreseinkommen und bereitet den Weg für einen Reformtarif mit niedrigem Eingangssteuersatz und durchgehender, sanfter Progression.

Auch die familienpolitischen Vorschläge der Regierung sind nicht sachgerecht. Die Regierung anerkennt im Steuerrecht sonst unzählige Belastungen als progressionsmildernd, weil sie die persönliche Leistungsfähigkeit schmälern, z. B. beim jetzt aufzustockenden Haushaltssreibetrag für Alleinstehende. Anders behandeln möchte die Regierung jedoch ausgerechnet die Aufwendungen von Familien für Kinder, welche besonders anerkennungsbedürftig sind.

Demgegenüber weist der CDU/CSU-Entwurf den zukunftsträchtigen Weg, neben einer Anpassung des Kindergeldes die Familien mit Kindern entsprechend ihrer persönlichen Leistungsfähigkeit sozial gerecht zu behandeln.

Wir werden europäisch denken lernen müssen

Auf dem 2. Kongreß der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer am 21./22. Februar 1980 in Straßburg erklärte der Präsident der EUCDA und stellvertretende Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Hans Katzer, u. a.:

Mit der EUCDA haben wir die Chance ergriffen, die Europäische Volkspartei mit einer Zielsetzung zu prägen, die für breite Schichten der Arbeitnehmer die Faszination der christlich-sozialen Idee spürbar werden läßt und die auf die ungelösten Fragen in Europa im Interesse der Arbeitnehmer konkrete Antworten gibt. Ohne eine starke Arbeitnehmervertretung wäre die EVP keine kraftvolle Volkspartei.

Ohne eine christliche Volkspartei, die alle Schichten der Völker Europas umfaßt und die im Dialog steht mit allen sozialen Gruppen, auch mit den Gewerkschaften, wäre Europa nicht das freiheitliche und solidarische Europa, wie wir es wollen. Europa muß sozial sein, damit es nicht sozialistisch wird. Bei der 1. Europäischen Direktwahl haben uns Millionen von Arbeitnehmern ihre Stimme gegeben und damit den Sozialisten und Kommunisten in Europa eine Abfuhr erteilt. Dieser Erfolg sollte uns Mut geben, in unserer Arbeit zielstrebig fortzufahren!

In den zukünftig zu führenden Gesprächen mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund sollten zwei Themen im Vordergrund stehen: Die Frage der Abgrenzung von Tarifgebieten für eine europäische Tarifpolitik und das Problem der hohen Arbeitslosigkeit in Europa.

„Münchener Brief“ nicht mehr außerhalb Bayerns

Der Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber, hat in einem Schreiben an den Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, vom 11. Februar 1980 mitgeteilt, daß nunmehr jegliche Werbung für den „Münchener Brief“ außerhalb Bayerns eingestellt werde.

■ AUSSENPOLITIK

USA besorgt über unrealistische Entspannungsideologien

MdB Alois Mertens (Gerolstein), Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, hat eine Woche lang intensive Gespräche mit Vertretern des amerikanischen Kongresses, der Regierung und der Presse geführt. Auf dem Hintergrund früherer Besuchserfahrungen hat er folgendes Fazit gezogen:

I.

Afghanistan hat Amerika aus den Betäubungen durch Vietnam und Watergate wieder zu weltweiter Verantwortung und Machtentfaltung geweckt. Angola, Äthiopien und Kambodscha sind die wichtigsten Etappen einer Entwicklung, in denen eine Neigung zum weltweiten Abbau des Engagements, gepaart mit Illusionen über die Natur und die Intensität der sowjetischen Bedrohung, als selbstmörderische Abdankung Amerikas und der freien Welt erkannt wurde.

Afghanistan ist für die Amerikaner kein kurzlebiger Schock, sondern Inbegriff des Zeitpunktes, von dem ab die USA sich wieder endgültig auf den vitalen Rang nüchterner und entschlossener Außenpolitik besinnen. Indizien dafür: Von den insgesamt 100 Senatoren waren im Sommer 1979 noch etwa 30 „liberale“ Demokraten gegen eine substantielle Erhöhung der Verteidigungsausgaben, heute sind es nur noch vier. Mangelnde Stetigkeit im Sicherheitshaushalt wie im weltpolitischen Kurs

der letzten Jahre werden heute selbstkritisch angesprochen und als Ermutigung der Moskauer Falken und nachgiebiger Europäer erkannt.

Die Präsidentschaftsbewerber in beiden Parteien wettelefern um das populäre Image außenpolitischer Festigkeit und Klarsicht. Das Angewiesensein auf treue und opferbereite — nicht unbedingt bequeme — Verbündete ist für alle politischen Führungskräfte wieder eine Selbstverständlichkeit. An die Haltbarkeit einer auf sich allein gestellten „Festung Amerika“ — ohne Europa und dessen Rohstoffquellen — glaubt kein verantwortlicher Politiker oder Militärstratege. „Eure Sicherheit ist auch die unsere — und umgekehrt“, ist ein immer wiederkehrender Gedanke. Diese Interessenidentität ist für die Amerikaner allerdings kein Freibrief für mangelnde Solidarität der Europäer, deren Haltung aufmerksam verfolgt wird, zumal die unmittelbare Abhängigkeit Europas von den Energiequellen des Mittleren Ostens und Afrikas erheblich größer ist als die der USA.

Der Begriff „realistische Entspannung“ im Sinne der Unionsparteien wird bejaht. Der Wille zu Ost-West-Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung bleibt. Aber eine stärkere Einbettung der auf nukleare Nichtverbreitung und Abrüstung gerichteten Politik in die eigene Gesamtstrategie, wie sie auch der sowjetische Gegenspieler seit je vollzieht,

ist unverkennbar. Die Abhängigkeit der SALT-II-Ratifizierung — derzeit nicht abzusehen — von der weltpolitischen Gesamtlage beweist den neuen Kurs: Rüstungskontrolle ist kein Selbstzweck.

II.

Wie lange hält der jetzige Trend an, wenn die Teheraner Geiseln endlich frei sind, wenn die hochgehenden Emotionen gegen Moskau abklingen, wenn der Wetteifer des Wahlkampfes um das Image der „Toughness“ zu Ende sein wird? Die amerikanischen Antworten auf diese Fragen schwanken mehr in Nuancen als in der Sache selbst: Wir müssen dem langfristigen und globalen Zielkonzept der Sowjets, das motiviert ist durch einen unstillbaren und expansiven russischen Sicherheitsbegriff wie durch einen universalen Hegemonieanspruch des Sowjetkommunismus, eine langfristige globale westliche Strategie auf der Basis einer glaubwürdigen kooperativen Sicherheitsstruktur entgegenstellen. Sie muß der Expansion Moskaus gerade auch im geopolitischen Schlüsselgebiet Pakistan/Iran/Persischer Golf mit abschreckender Macht in Zukunft entgegenwirken — glaubwürdig für die Sowjets, für die Dritte Welt und die Europäer.

Dabei denkt das Weiße Haus an eine von Land zu Land durchaus variable Interessenkoordination politischer oder wirtschaftlicher und — wenn nötig — auch militärischer Art, die mit dem nationalen Selbstbewußtsein, der staatlichen Souveränität und der realen Blockfreiheit der betroffenen Länder vereinbar ist und die gleichzeitig deren — mit Europa und Amerika parallelen — Abschreckungsinteressen Rechnung trägt. Eine Neuorientierung der US-Politik gegenüber den islamischen Staaten sei ein zentrales Element für Washington. Den USA kommt es auf eine sofor-

tige und flexible Reaktionsfähigkeit von Afrika bis Ostasien an.

III.

Mit Sorgen sehen zahlreiche kompetente Amerikaner europäische Neigungen, im Zuge einer unrealistischen Entspannungsideologie auf die Einschüchterungs- und Abkoppelungsstrategie der Sowjets einzugehen. Washington rechnet nicht mit einer riskanten Berlin-Offensive Moskaus im Stile Stalins oder Chruschtschows, wohl aber mit dosierten Verlockungen und Pressionen, vor allem auf die Westdeutschen, die ein Klima „präventiven Wohlverhaltens“ Bonns schaffen sollen. Die verantwortlichen Amerikaner betonen, in den 80er Jahren bedürfe es eines stärkeren, gründlicheren und kontinuierlicheren Dialogs zwischen den Politikern in den Regierungen und Parlamenten beiderseits des Atlantiks; eines Dialogs, in dem es keine Tabus gibt und in dem die europäisch-amerikanischen Mißverständnisse der 70er Jahre überwunden werden. Dabei gehe es nicht um gegenseitige Vorwürfe, vielmehr um konstruktive Kommunikation. Denn nicht nur der Frieden und die Entspannung seien unteilbar, auch die gemeinsame Sicherheit Europas und Amerikas sei unteilbar.

Auch in der Bundesrepublik Deutschland bedarf es einer grundlegenden Besinnung auf die Voraussetzungen einer langfristig glaubwürdigen politischen Strategie und Militärdoktrin des Westens. Die Ost-West-Bemühungen um ausgewogene Rüstungsbegrenzungen, und zwar bei wirklich unverminderter Sicherheit und entschlossenem Verteidigungswillen, wie auch um den dauerhaften Abbau der politischen Spannungsursachen müssen anhalten; dies bleibt auch amerikanische Politik.

■ SPD

Egon Bahr auf dem Marsch in den Neutralismus

Egon Bahr und weite Teile der SPD sind zum offenen Marsch in den Neutralismus angetreten. Anders ist nicht mehr zu erklären, was der SPD-Bundesgeschäftsführer in den letzten Tagen zum sowjetischen Überfall auf Afghanistan und den Folgen für den Westen erklärt hat.

Wie ein roter Faden — so MDB Philipp Jenninger — zieht sich durch alle Äußerungen Bahrs die folgende Botschaft: Afghanistan ist im Grunde nicht die Schuld der Sowjetunion, sondern der USA, weil diese in Afghanistan ein „Vakuum“ haben entstehen lassen. Da Afghanistan andererseits „seit vielen Jahrzehnten zum Interessen- und Einflußgebiet der Sowjetunion“ gehört, Waffenlieferungen an die Dritte Welt auch nur die Fortsetzung der „alten Fehler“ sind und „alte, verkrustete, feudale Regime“ nicht vom Westen gestützt werden dürfen (Quick, 21. Februar), fragt man sich, was die USA nun eigentlich falsch gemacht haben.

Hätten sie selbst rechtzeitig auf die Einsetzung eines fortschrittlichen Regimes à la Taraki/Amin/Karmal hinarbeiten sollen? Der verräterische, vulgär-marxistische Satz von den verkrusteten alten Strukturen, „die geschichtlich verdient haben unterzugehen“ (DFS, 20. Februar), legt diesen Schluß zumindest sehr nahe.

Auf jeden Fall sind Sanktionen gegen

die Sowjetunion wegen Afghanistan nach Meinung Bahrs von Übel. Sie würden nur unerwünschte „Automatismen in beiden Bündnissystemen“ auslösen (Luzerner Neueste Nachrichten, 12. Februar) und sind daher „sehr zurückhaltend“ zu beurteilen (so gegenüber einer jugoslawischen KP-Delegation am 12. Februar); statt dessen sollten sich die USA im Fall Afghanistan ebenso „vernünftig“ verhalten wie im Fall Iran und die „Gefahr schwer revidierbarer Maßnahmen“ vermeiden — zu deutsch: überhaupt nichts tun (dpa 135 vom 12. Februar und „Panorama“ vom selben Tag). Immerhin haben die USA im Zuge des dabei notwendigen Lernprozesses unsere „Schonung verdient“ (!) („Panorama“ vom 12. Februar). Aus alledem folgt: die USA sollen möglichst bald dem Rat Bahrs folgen, der schlicht darin besteht, den Komplex Afghanistan zu den Akten zu legen. Bahr geht es nicht um eine Vermittlerrolle, sondern um eine neutrale Rolle zwischen den Weltmächten; dabei ist besonders erschreckend, daß er auch gegenüber der moralischen Dimension des Falles Afghanistan offensichtlich neutral ist. Noch. Denn da es „zur Entspannungspolitik keine Alternative gibt“ („Panorama“, 12. Februar) und die USA in Bahrs Augen gegenwärtig der Störenfried sind, wird es nicht mehr lange dauern, bis Bahr die USA zum Sündenbock für die Folgen des sowjetischen Einfalls in Afghanistan erklären wird.

■ LAKE PLACID

Grundsätze der Sportförderung neu überdenken

Das ist das Schöne am Sport, daß es immer noch Ergebnisse gibt, die die Prophezeihungen der Schreibtischsportler ad absurdum führen. So ist das Abschneiden der deutschen Sportler bei den Olympischen Winterspielen in Lake Placid auch nur für die überraschend, die dem Planungsfetischismus erlegen sind und im Sport mehr einen Wettkampf der Systeme — der ideologischen wie materiellen — denn einzelner Aktiver sehen.

Und da der Erfolg bekanntlich viele Väter, der Mißerfolg aber stets nur wenige hat, beginnen die vielen nach den wenigen zu suchen, erklärte MdB Carl-Dieter Spranger in Bonn. Für das NOK sind es die Politiker, denn diese hätten durch Pressionen die Mannschaft so groß werden lassen; für die Trainer sind es die unzureichenden oder überzüchteten Materialien; dem einen war der Schnee zu kalt, dem anderen war er zu naß, und einige störte er überhaupt. Man sieht, die Suche beginnt sich zu pervertieren, und damit wird das derzeitige Konzept der Sportförderung im Hochleistungsbereich in Frage gestellt.

Es zeigt sich heute ganz klar, daß — genug Geld zur optimalen Vorbereitung vorhanden war;

- dieses Geld aber offensichtlich nicht zweckentsprechend eingesetzt wurde;
- die Sportler daher schlecht vorbereitet waren und
- die mitreisenden Funktionäre so sehr mit sich selbst beschäftigt waren, daß sie sich gegenseitig auf den Füßen standen und unfähig waren, helfend einzugreifen.

Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, wie es dazu kommen konnte, daß im weiteren Umfeld dieser Spiele doch sehr sorglos mit Steuermillionen umgegangen wurde. Die Verantwortung dafür trägt ganz eindeutig der Bundesinnenminister Baum. Wir werden ihn, der sich sonst gerne im Glanz sportlicher Erfolge sonnt, keine Chance geben, sich durch Wegtauchen aus seiner Verantwortung für diese Misere zu stehlen.

Dabei wird er dann auch auf die Frage eingehen können, wie etwa die öffentliche Sportförderung nach dem Subsidiaritätsprinzip in Einklang zu bringen ist mit der wirtschaftlichen und materiellen Abhängigkeit einzelner geförderter Verbände und Sportler oder ob etwa die zunehmende Bürokratisierung, Verplaudung und Verwissenschaftlichung des Hochleistungssports unserem gesellschaftlichen System mehr entspricht als etwa die Förderung der eigenpersönlichen Individualität und Spontaneität der Sportler und Trainer. Somit stellt sich am Beginn dieses fraglichen Olympiahafes die Frage nach den Grundsätzen der öffentlichen Sportförderung. Dabei lassen wir uns von dem Grundsatz leiten: Sportförderung ja, Verschwendungen von Steuergeldern nein!

■ KOALITION

„Ohrfeigen“ für Schmidt im Europaparlament

Ein besonders peinliches Beispiel ihrer Unfähigkeit boten die Sozialisten kürzlich in der großen Energiedebatte in Straßburg. Zur gleichen Zeit, als der Sozialist Jenkins als Präsident der Kommission auf die verhängnisvollen Folgen jeder weiteren Verzögerung im Ausbau der Kernenergie hinwies und der zuständige Energiekommissar Brunner ein düsteres Bild der Zukunft ausmalte, beschränkte sich die sozialistische Fraktion darauf, ein Moratorium für Kernkraft zu fordern.

Dabei taten sich die deutschen SPD-Vertreter in der aggressivsten Art und Weise besonders hervor. Jedes Wort ihrer Sprecher Wiegorek-Zeul, Schmid, von der Vring, kam einer schallenden Ohrfeige für Bundeskanzler Schmidt gleich. Rudi Arndt als stellvertretender Fraktionsvorsitzender oder die frühere Ministerin im Kanzleramt Katharina Focke tragen diese Linie der naiven, im Wolkenkuckucksheim lebenden Juso-Gruppe volllauf mit. Die deutschen Gewerkschaftsführer, denen sich in ihrer Verantwortung für die Arbeitnehmer der Magen umdrehen müßte, glänzen durch Abwesenheit oder hüllen sich in Schweigen.

Die Sozialisten im Europaparlament sind auf dem besten Wege, sich mit ihrer völligen Unglaubwürdigkeit als ernst zu nehmende Gesprächspartner auszumövieren. Die deutschen SPD-Abgeordneten tragen ganz wesentlich zu dieser Selbstisolierung bei.

Peinliche Lehre für die FDP

Der baden-württembergische Landesvorstand der Jungdemokraten hat beschlossen, im Main-Tauber-Kreis nicht den Landtagskandidaten der FDP zu unterstützen, sondern dessen Konkurrenten von den „Grünen“. Der grüne Kandidat ist selbst Judo-Mitglied. Hierzu schreibt die Frankfurter Allgemeine Zeitung:

„Mitten im Landtagswahlkampf wird der FDP damit illustriert, welch unsichere Bundesgenossen die Judos sind: Sie wollen die FDP zwar beeinflussen, sich aber nicht an sie binden. Im heißesten Wahlkampf helfen sie denen, an die die FDP Stimmen zu verlieren fürchtet. Diese Lehre wird der FDP vielleicht das Eingeständnis erleichtern, daß der Liberale Hochschulverband, das Pendant der Judos an den Universitäten, in der Regel lieber mit Kommunisten als mit dem CDU-nahen Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) koaliert.

SPD arbeitet offen mit Kommunisten zusammen

Zur Ankündigung eines sogenannten Sozialistenkongresses im Juni in Hannover, an dem auch das SPD-Vorstandsmitglied Peter von Oertzen teilnehmen will, erklärte der Sprecher der CDU, Günther Henrich:

Im Juni wollen sich Sozialisten, Kommunisten, trotzkistische Organisationen und alternative Gruppen in Hannover im trauten Verein mit Sozialdemokraten treffen und darüber diskutieren, wie sich „die zersplitterte Linke wieder zum Dialog finden“ könnte. Ein geladen hat dazu Rudolf Bahro, und mit von der Partie ist das SPD-Vorstandsmitglied Peter von Oertzen. Der Mann aus der SPD-Führung weiß, daß der Kommunistische Bund (KB) und die Kommunisti-

sche Partei Deutschlands (KPD) mit ihm gemeinsam in Hannover darüber nachdenken wollen, wie, so wörtlich, „der Zerfallsprozeß der Linken theoretisch und praktisch“ aufgefangen werden soll. Auf die Ergebnisse dieser „Arbeitskonferenz“ darf man gespannt sein. Wenn die Proletarier aller Bundesländer sich endlich vereinigen, wird auch Peter von Oertzen nicht fehlen dürfen. In der Theorie gibt es noch den Abgrenzungsbeschluß der SPD zu Kommunisten, aber in der Praxis . . .?

FDP-Laienpolitiker vergaß das Nachdenken

Zu dem Vorschlag des FDP-Abgeordneten Cronenberg (fdk 122/80), die Lohnfortzahlungsregelung zu ändern, erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid), Cronenbergs Vorschlag enthalte sozialpolitischen Sprengstoff: Alle Arbeitnehmer sollten bei Arbeitsunfähigkeit Krankengeld erhalten. Dies bedeute im Klartext nichts anderes, als daß das Lohnfortzahlungsgesetz praktisch rückgängig gemacht werden solle. Auch für die Angestellten fièle die seit Jahrzehnten geltende Gehaltsfortzahlungsregelung praktisch weg.

Das Lohnfortzahlungsgesetz bestand am 1. Januar 1980 10 Jahre und hat für Millionen Arbeiter einen erheblichen gesellschaftspolitischen Fortschritt gebracht. Vor allem fielen mit diesem Gesetz, das in der Großen Koalition konzipiert wurde, die für die Arbeiter oft schikanösen Massenvorladungen zur vertrauensärztlichen Untersuchung weg. Zehn Jahre Erfahrungen mit dem Lohnfortzahlungsgesetz zeigen: Es hat sich bewährt.

Bei diesem Vorschlag von Entlastung

der Krankenversicherung zu sprechen, ist ohnehin absurd: Bei den Ortskrankenkassen sank der Beitragssatz durch die Einführung des Lohnfortzahlungsgesetzes 1969/70 von 10,56 auf 8,07 Prozent. Mindestens um diese Differenz müßten die Krankenversicherungsbeiträge wieder angehoben werden. Darüber hinaus müßten bei der vorgeschlagenen Regelung die Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung wie auch die Steuer erhebliche Beitragsausfälle und Mindereinnahmen verkraften.

Eingriff der Bremer SPD in die Freiheit des Rundfunks

Die Forderung der Bremer SPD nach Rücktritt des SPD-Intendanten Schröder von Radio Bremen ist, wie der Sprecher der CDU, Günther Henrich, erklärte, ein bemerkenswerter Eingriff der Regierungspartei in die Freiheit des Rundfunks. Soeben erst hat die Bremer SPD ein Rundfunkgesetz durchgepeitscht, das sie als Musterbeispiel für Modernität und Liberalität hinstellte. Nach den ersten, voraussehbaren Pannen mit den neuen Gremien und nach einer von diesen getroffenen, offenbar mißliebigen Personalentscheidung scheuten sich Bremer Regierungspartei und Bremer Regierung nicht, in die Rechte der Rundfunkgremien einzugreifen und die Entlassung des SPD-Intendanten Schröder zu fordern.

Schröder, der schon beim NDR scheiterte, ist gewiß kein besonders erfolgreicher Intendant, aber seine Abberufung ist nicht Sache der Bremer Staatspartei, sondern der Rundfunkgremien. Gerade diejenigen, die bei anderen Gelegenheiten vor dem sogenannten Staatsfunk warnen, sollten sich in Bremen an die eigene Nase packen.

■ VERTRIEBENENKONGRESS

Deutschland wieder im Bewußtsein der Jugend verankern

Deutschland, Europa und die Welt befinden sich an einem Wendepunkt der Politik, denn die Entspannungseuphorie ist zu Ende. Auch die Deutschlandpolitik ist von diesem Wandel betroffen. Deshalb erhielt der Deutschlandpolitische Kongreß der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU unter dem Motto „Die Zukunft Deutschlands“ am 22./23. Februar 1980 in Mannheim seine besondere Bedeutung.

In seiner Rede zog der Vorsitzende der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, MdB Herbert Hupka, die deutschlandpolitische Bilanz einer über zehnjährigen SPD/FDP-Koalition. Sein Fazit war bedrückend: „Es ist beschämend zu wissen, welchen geringen Rang viele Mitbürger Deutschland einräumen, in dem sie nachvollziehen, was die gegenwärtige Bundesregierung tut!“

Ebenso wie unsere Sicherheit, wurde auch Deutschland ein Opfer der hemmungslosen Entspannungspolitik der SPD/FDP. Die trügerische Hoffnung, durch Aufgabe aller deutschen Positionen und Erfüllung aller sowjetischen Forderungen den Frieden sicherer zu machen, ist nach Afghanistan zerstört. Dr. Hupka dazu: „Die seit Abschluß der Ostverträge immer wieder von der Union herausgestellte Fragwür-

digkeit dieser Verträge ist jetzt jedem offenkundig geworden.“

Von der allgemeinen Teilnahmslosigkeit der deutschen Öffentlichkeit an der deutschen Frage ist ganz besonders die Jugend betroffen. Sie wird von Lehrern unterrichtet, die in weiten Bereichen ohne erforderliches Grundwissen in den Geschichtsunterricht kommen, und ist Einflüssen der sogenannten Massenmedien ausgesetzt, in denen der Begriff „Deutschland“ nicht mehr existiert.

Der baden-württembergische Kultusminister Professor Herzog er hob in diesem Zusammenhang eine Reihe von Forderungen, um dieses deutschlandpolitische Manko zu beseitigen. Dazu gehören: Erweiterung der Unterrichtsprinzipien; Unterstützung der gutwilligen Lehrer durch Fortbildungskurse und objektives Lehrmaterial; Verbesserung des Geschichtsunterrichts. Was heute geboten wird ist, wie Prof. Herzog formulierte, „kleindeutsche Geschichte in Einzelbildern“.

Folgende Grundsätze bezeichnete Prof. Herzog als unabdingbar: Die Jugend muß in der Schule lernen, daß das deutsche Reich fortbesteht und daß es nur eine deutsche Staatsangehörigkeit gibt. Weiterhin muß die Jugend auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Gültigkeit der deutschen Grenzen und das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes hingewiesen werden.

In drei Arbeitskreisen diskutierte der Kongreß über „Jugend und Deutschland“, „Grundlagen der Deutschlandpolitik“ und „Europa und die deutsche Frage“.

Im Arbeitskreis I „Jugend und Deutschland“ referierten Prof. Dr. Abelein zum Thema „Die Jugend in der DDR und Deutschland“, Dr. Langguth zu „Die Jugend in der Bundesrepublik Deutschland“ und Helmut Sauer zur Frage „Die jungen Aussiedler und Deutschland“.

Das Ergebnis der Referate und Diskussionsbeiträge läßt sich in den Sätzen zusammenfassen: „Informationen und Motivation der Jugend hüben und drüben sind entscheidende Aufgaben im Rahmen der Deutschlandpolitik; sie sind bisher bei uns in der Bundesrepublik entschieden zu kurz gekommen. Wenn es ein Ergebnis der deutschlandpolitischen Tagung in Mannheim sein könnte, eine Aktion „Jugend für Deutschland“ zu initiieren, wäre dies ein wichtiger politischer Erfolg.“

Im Arbeitskreis II „Grundlagen der Deutschlandpolitik“ sprachen Dr. Czaja, MdB, über das Thema „Menschenrechte für alle Deutschen“, Gerhard Kunz, MdB, zu „Grundlagen der Deutschlandpolitik“ und Dr. Hennig, MdB, über die Ostverträge.

Ergebnisse der Beratungen waren die Feststellungen, daß die Sowjetunion durch ihren Einfall den Ostvertrag verletzt hat, daß das Wiedervereinigungsangebot regierungsmäßig verwässert wird, daß der Grundlagenvertrag von Ost-Berlin durch Mißachtung der Menschenrechte ständig durchlöchert wird und daß die anderen osteuropäischen Länder sich nicht an die mit der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Verträge halten. Durch die ständige Forderung nach Beachtung der Men-

schenrechte erhält die Deutschlandpolitik eine moralische Qualität.

Im Arbeitskreis III „Europa und die deutsche Frage“ hielten die Referate: Dr. Klepsch, MdB, MdEP, „Christliche Demokratische Politik für die Freiheit Europas“; Dr. Mertes, MdB, „Frieden und Sicherheit in Europa“ und Werner Marx, MdB, „Die Deutschlandfrage — ein entscheidender Faktor der sowjetischen Ostpolitik“.

Im Arbeitskreis III wurden folgende Grundsätze festgestellt: Im Rahmen der europäischen Integration ist heute die Wiedervereinigung das Ziel aller europäischen Christlich Demokratischen Parteien. Eine realistische Entspannungspolitik muß die aggressive sowjetische Politik im Kalkül einbeziehen, die DDR dient durch die besonderen wirtschaftlichen Verbindungen zur Bundesrepublik ganz den Interessen der Sowjets.

Abschluß des Kongresses war eine Großkundgebung mit dem Kanzlerkandidaten der Union, Franz Josef Strauß, dem Bundesvorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, und Ministerpräsident Lothar Späth. Die Spitzenpolitiker der Union erneuerten dabei ihr Bekenntnis zu Gesamtdeutschland. Helmut Kohl: „Es wäre Verrat an der Nation, wenn wir die Verpflichtung, uns für die Wiedervereinigung einzusetzen, aufgeben würden.“ Lothar Späth: „Die jungen Menschen müssen lernen, daß sie in der Kontinuität der Geschichte stehen. Auch die nächste Generation muß die historische Aufgabe der Deutschen kennen.“ Franz Josef Strauß: „Wir werden die Teilung der Nation niemals hinnehmen: Aufgabe unserer Generation ist es, die deutsche Frage offenzuhalten. Solange Deutschland in unserem Bewußtsein aufrechterhalten wird, solange ist Deutschland nicht verloren.“

■ BAUERNKONGRESS

Leistungsfähigkeit des ländlichen Raumes muß erhalten bleiben

Einen umfangreichen Katalog von agrarpolitischen Maßnahmen für die 80er Jahre hat der Bauernkongress der CDU am 21./22. Februar in der Oldenburger Weser-Ems-Halle erarbeitet. Schwerpunkte der Diskussionen unter den mehr als 500 Delegierten waren Fragen der Einkommens- und Strukturpolitik in der Landwirtschaft, Bildung und Ausbildung im ländlichen Raum und Probleme des Verbraucher- und Umweltschutzes.

Unter dem Beifall der Delegierten sagte Helmut Kohl: „Wir sollten endlich aufhören, ständig über agrarische Überschüsse zu jammern, sondern darauf hinwirken, daß neben einer ausreichenden Energieversorgung auch die Ernährung gesichert wird.“ Nach Kohls Worten sind nur „freie Bauern auf wirtschaftlich gesunden Höfen“ in der Lage, gesunde und hochwertige Nahrungsmittel zu liefern und „bei verschärften weltweiten Auseinandersetzungen eine angemessene Nahrungsmittelversorgung aus eigener Produktion zu sichern“.

Der CDU-Vorsitzende nannte es einen „Skandal“, wenn der Bundeswirtschaftsminister bestätigen müsse, daß die deutschen Bauern im laufenden Jahr mit Einkommenseinbußen um vier Prozent rechnen müssen. Die Inflation eingerechnet, bedeutet dies Einkom-

menseinbrüche von neun bis zehn Prozent. Helmut Kohl warf der Bundesregierung vor, durch eine verfehlte Landwirtschaftspolitik für diese Entwicklung die Verantwortung zu tragen.

Starke Beachtung fand auch die Rede des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, der den Bauern vor über 3 500 Zuhörern dafür dankte, daß sie sich entschlossen hätten, weiterhin selbstständig zu bleiben. Sie hätten die unabänderliche strukturelle Anpassung lautlos und ohne den in anderen Berufszweigen ertönenden Ruf nach Staatshilfe bewältigt. Franz Josef Strauß stellte u. a. fest:

Im Gegensatz zu den Sozialisten aller Schattierungen, die niemals ein richtiges und aufrichtiges Verhältnis zur bäuerlichen Landwirtschaft gefunden haben, gibt es in der Agrarpolitik der Unionsparteien keinen Bruch. Unser Ziel war immer: eine leistungsfähige bäuerliche Landwirtschaft in einer freien Gesellschaft. Unsere Bauern müssen wieder eine faire Chance haben — nicht nur zum bloßen Überleben, sondern zur echten Teilhabe am Wirtschaftswachstum.

Grundlage der Beratungen des Kongresses war das von den agrarpolitischen Fachausschüssen beider Unionsparteien gemeinsam beschlossene „Agrarpolitische Programm der Union“ (vgl. UiD-Dokumentation 6/80). Drei Arbeitskreise setzten sich mit wichtigen

Fragen der aktuellen Agrarpolitik auseinander.

Nachfolgend einige der Forderungen aus den von den Arbeitskreisen erstellten Berichten:

Allgemein wurde bedauert, daß sich gegen die Berufsgruppe der Landwirte in zunehmendem Maße emotionale Angriffe richteten, die allerdings zum Teil auf Unkenntnis beruhten. Wichtig sei deshalb eine noch intensivere Unter-richtung und Information der Verbraucher. Der Arbeitskreis stellte fest, daß Nahrungsmittel heute durchaus preiswert seien. Die Nahrungsmittelpreise hätten in den letzten Jahren als Inflationsbremse ersten Ranges gewirkt. Der Arbeitskreis wies auch darauf hin, daß die von unserer Landwirtschaft erzeugten Lebensmittel qualitativ hochwertig seien. Zu keiner Zeit habe es ein so breites Angebot von Erzeugnissen des Nahrungsmittelsektors gegeben wie heute.

Einigen landwirtschaftlichen Produktionsbereichen drohten aber Gefahren durch überzogene Anforderungen von Umweltschützern und auch Tierschützern. Aus der aktuellen Situation heraus wies der Arbeitskreis in diesem Zusammenhang darauf hin, daß neue, von der Bundesregierung bereits im Entwurf fertiggestellte rechtliche Regelungen auf dem Gebiet der Legehennenhaltung für die Produzenten nicht mit wirtschaftlichen Verlusten und neuen Wettbewerbsverzerrungen verbunden sein dürften.

Die CDU/CSU bekenne sich nach wie vor zum bäuerlichen Familienbetrieb, weil diese Form über die Bindung zum Eigentum am ehesten die Gewähr dafür biete, daß die Landwirtschaft auch langfristig an einer gesunden Produktionsbasis und der Erhaltung der Umwelt interessiert sei.

Die angespannte weltpolitische Lage und die weltweite Verknappung der Rohstoffe führe der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland die Notwendigkeit einer möglichst weitge-henden Eigenversorgung dramatisch vor Augen. Daneben stellten sich der Land- und Forstwirtschaft, so meinte der Arbeitskreis, neue Aufgaben als Rohstoffproduzent und -erzeuger nach-wachsender Energieträger. Die For-schung auf diesem Gebiet sollte we-sentlich verstärkt werden.

Zur Erhaltung einer leistungsfähigen eigenen Landwirtschaft betrachtete der Arbeitskreis die Preis-, Markt- und Strukturpolitik nach wie vor als ent-scheidende Schwerpunkte der Agrarpoli-tik. Er betonte, daß die Markt- und Preispolitik so gestaltet werden müsse, daß sie den bäuerlichen Familien auf rationell bewirtschafteten Betrieben Einkommen wie in vergleichbaren Berufen und eine ausreichende Eigenkapitalbildung für die betriebliche Weiter-entwicklung ermöglichen müsse.

Nach dem Agrarbericht 1980 blieben die landwirtschaftlichen Einkommen wieder stärker hinter denen anderer Berufsgruppen zurück, stellte der Arbeitskreis fest. Diese Tendenz werde sich im laufenden Wirtschaftsjahr noch verstärken. In dieser Situation mütte die von der Bundesrepublik vorgeschla-gene steuerliche und soziale Mehrbelas-tung der Landwirtschaft vermieden werden. Der Arbeitskreis bejahte dage-gen mehr Steuergerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft. In diesem Zusam-menhang sprach er sich weiter dafür aus, die Vorsteuerpauschale im Rah-men der Umsatzbesteuerung entspre-chend der Kostenentwicklung zu erhö-hen.

■ CDU HAMBURG

J. Echternach im Amt bestätigt

Gut gerüstet wird Hamburgs CDU in den Bundestagswahlkampf ziehen. Auf ihrem Landesparteitag konnte der wiedergewählte Vorsitzende Jürgen Echternach am 23. Februar erfolgreiche Bilanz ziehen: Steigende Mitgliederzahlen, eine schlagkräftige Organisation, wachsende Resonanz in der Öffentlichkeit — belegt durch ein hervorragendes Wahlergebnis bei den Wahlen zum Europaparlament im vergangenen Jahr.

Bei dieser Wahl hatte die CDU ihr Bundestagswahlergebnis deutlich übertroffen. Echternach wertet den überraschenden Gewinn eines Europamandats als gutes Omen für die Bundestagswahlen: „Mit ganzer Kraft wird die Hamburger CDU im Herbst ihren Beitrag dafür leisten, daß wir endlich die politische Wende erreichen.“

Dem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß sagte Echternach volle Unterstützung des Hamburger Landesverbandes zu. Strauß hatte eine ausführliche Grußadresse an den Hamburger CDU-Parteitag gerichtet: „Unser aller Einsatz muß dem Ziel gelten, die Herrschaft der Linken in Bonn zu beenden!“ Der SPD/FDP-Koalition hielt Strauß „einen Zickzackkurs der Täuschung, wortstarken Scheinlösungen, Halbherzigkeiten, Illusionen und ideologischen Horizontverengung“ vor.

In diese Richtung zielten auch die Angriffe des Hamburger CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Echternach an die

Adresse der SPD in der Hansestadt, die mit ihrer inneren Wandlung eine neue linkssozialistische Politik eingeleitet habe. Echternach: „Nach dem Kriege waren sich alle Demokraten einig, daß nur eine wehrhafte Demokratie Freiheit und Stabilität sichert und daß die Fehler der Weimarer Republik nicht wiederholt werden dürfen.“ Um so unfaßbarer sei „die blinde Wut“, mit der verantwortliche Hamburger SPD-Politiker, vor allem Bürgermeister Klose und sein Schulsektor Grolle, dafür kämpfen, daß auch der letzte DKP-Funktionär in den Staatsdienst eingestellt wird.

Im Mittelpunkt des Hamburger CDU-Parteitages standen Neuwahlen zum Landesvorstand. Jürgen Echternach, seit 1974 an der Spitze der Hamburger CDU, wurde mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Neue stellvertretende Vorsitzende wurden Ove Franz und Hans-Georg Kuhn. Das DAG-Bundesvorstandsmitglied Hans-Georg Kuhn siegte in einer Kampfabstimmung über Dr. Stephan Reimers.

Der bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Erik Blumenfeld hatte sich mit Rücksicht auf seine Verpflichtungen im Europaparlament nicht wieder zur Wahl gestellt. Später als andere Landesverbände der Union hat Hamburgs CDU durch eine Satzungsänderung das Amt des Ehrenvorsitzenden geschaffen. Jürgen Echternach: „Nach 35 Jahren erfolgreicher Arbeit war dieses Amt zu Recht Erik Blumenfeld vorbehalten. Denn er hat sich um die Hamburger CDU verdient gemacht.“

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

29. 2. **LV Hessen**
Landesvorstand, Fernwald
29. 2. **LV Hessen**
Kreisgeschäftsführertagung
29. 2. **LV Westfalen-Lippe,**
Mittelstandsvereinigung,
Geschäftsführender Landes-
vorstand, Münster
29. 2. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung,
AK „Medien“, Bonn
29. 2. **LV Rheinland**
Geschäftsführender Landes-
vorstand und Vorstand, Köln
29. 2. **LV Rheinland**
Geschäftsführender Vorstand und
Kreisvorsitzende, Köln
29. 2. **CDU — Bund**
BFA „Sozialpolitik“, Bonn
29. 2./1. 3. **LV Niedersachsen**
Frauenvereinigung,
Landesdelegiertenversammlung,
Osnabrück
29. 2./2. 3. **JU — Bund**
Bundesvorstand, Stuttgart
1. 3. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung, Vorstand
Duisburg
1. 3. **CDU NRW**
Frauenvereinigung, Frauen-
konferenz, Duisburg

1. 3. **JU Rheinland**
Landestagung
1. 3. **KPV/NW**
64. Fachtagung „Energiepolitik in
den Gemeinden“, Recklinghausen
3. 3. **LV Rheinland-Pfalz**
Vorstand, Mainz
3. 3. **Mittelstandsvereinigung**
der CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand, Stuttgart
3. 3. **CDU — Bund**
BFA „Kulturpolitik“, Bonn
- 4./5. 3. **CDU — Bund**
Außenpolitischer Kongreß, Bonn
5. 3. **LV Rheinland**
Mittelstandsvereinigung,
Landestagung, Neuss
7. 3. **CDU — Bund**
Frauenvereinigung, Vorstand,
Stuttgart
7. 3. **CDU — Bund**
Sozialausschüsse, Bundes-
vorstand und Geschäftsführender
Bundesvorstand
8. 3. **CDU — Bund**
Sozialausschüsse, Betriebs- und
Personalrätekonferenz
8. 3. **LV Schleswig-Holstein**
Landesparteitag, Eckernförde
- 8./9. 3. **Exil-CDU**
Deutschlandpolitische Regional-
tagung, Norderney
10. 3. **LV Bremen**
Landesvorstand, Bremen

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Tel. (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Unions Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Tel. (0 22 21) 22 10 81. **Vertrieb:** Tel. (0 22 21) 5 44 - 3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** jährlich 40,- DM. **Einzelpreis** 1,- DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.